

**Mandatsträgerkonferenz
der Abgeordneten der CDU Nordrhein-Westfalen im Europäischen Parlament,
im Deutschen Bundestag und im Landtag Nordrhein-Westfalen
am 24. bis 25. April 2015 in Kamp-Lintfort**

**Positionierung
zur aktuellen Diskussion um die Belastung konventioneller Kraftwerke**

Die Energiewende stellt Deutschland vor technische, wirtschaftliche und auch soziale Herausforderungen. Wir wollen den Wandel zu einer CO₂-ärmeren Wirtschaft gestalten, ohne dabei unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit und damit den Wohlstand in unserem Land zu riskieren.

Die geplante Strafsteuer für Kohlekraftwerke würde das Energieland Nordrhein-Westfalen und die gesamtdeutsche Stromversorgung hart treffen. Heute werden 35,9 Gigawatt der Leistung in konventionellen Kraftwerken in unserem Bundesland vorgehalten, vorwiegend durch Braunkohle, Steinkohle und Erdgas. Menschen und Natur in Nordrhein-Westfalen haben mit den notwendigen Eingriffen für die Gewinnung der Braunkohle in die Landschaft einen hohen Preis bezahlt und tun es noch immer. Nordrhein-Westfalen ist der größte Bereitsteller von konventioneller Leistung in Deutschland. Daher sind die Menschen, aber auch die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen auf eine verantwortungsvolle Neugestaltung des Strommarktes angewiesen.

Die geplante Sonderabgabe erschwert den wirtschaftlichen Betrieb konventioneller Kraftwerke massiv und gefährdet damit zehntausende Arbeitsplätze in den Revieren und die Versorgungssicherheit für Unternehmen und Privatverbraucher. Die Abgeordneten der CDU Nordrhein-Westfalen im Europäischen Parlament, im Deutschen Bundestag und im Landtag lehnen diesen Vorschlag entschieden ab.

Die Abgeordneten der Christlich Demokratischen Union Nordrhein-Westfalens im Landtag, im Deutschen Bundestag und im Europäischen Parlament...

...sind davon überzeugt, dass der Industriestandort Deutschland und insbesondere unsere energieintensive Industrie eine sichere und bezahlbare Energieversorgung brauchen, um auch in Zukunft wettbewerbsfähig zu bleiben;

...warnen vor einer desaströsen Versorgungslücke, die durch den beschlossenen Ausstieg aus der Kernenergie sowie einer gleichzeitigen und zusätzlichen Stilllegung fossiler Kraftwerke in wenigen Jahren entstehen könnte;

...unterstreichen, dass Versorgungssicherheit viel mehr ist als die Verhinderung großflächiger Stromausfälle und auch der Erhalt der Spannungs- und der Frequenzstabilität eine wichtige Aufgabe im Management der Energiewende ist;

...weisen darauf hin, dass die Versorgungssicherheit auch durch internationale Krisen erheblich beeinträchtigt werden kann. Dies gilt vor allem für Brennstoffe wie Erdgas und Öl, die aus wenigen Regionen importiert werden;

...stellen fest, dass die Strompreisentwicklung in Deutschland Bürger und Industrie bereits an den Rand ihrer Belastbarkeit gebracht hat und es daher eines

Energiesystems bedarf, welches auf einen Energiemix unter Einschluss der Kohle und damit nicht nur auf teurere Erzeugungsmethoden setzt;

...weisen darauf hin, dass alle diese Zusammenhänge und Notwendigkeiten die Braun- und Steinkohle zu wesentlichen Energieträgern machen, die uns gegen die Risiken der Energiewende absichern können, da sie

- eine sichere und stabile Grundlastversorgung garantieren und die erneuerbaren Energien ergänzen können,
- die Abhängigkeit unseres Energiesystems von importierten Brennstoffen wie Gas und Öl mindern,
- ohne zusätzliche staatliche Förderungen wettbewerbsfähig und damit vergleichsweise preiswert sind;

...betonen daher, dass Nordrhein-Westfalen mit seinen zahlreichen Braun- und Steinkohlekraftwerken der mit Abstand wichtigste Dienstleister für die gesamtdeutsche aber auch europäische Energiesicherheit ist;

...weisen aber ebenso darauf hin, dass vor allem die Braunkohlverstromung eine immense Bedeutung speziell für unser Bundesland hat:

- Sie sichert zehntausende Arbeitsplätze im Energiesektor und über 200.000 Arbeitsplätze in der energieintensiven Industrie.
- Sie unterstützt durch Beteiligungen an den Energieversorgern die finanzielle Ausstattung zahlreicher Kommunen.
- Sie garantiert bei einem weiterhin wirtschaftlichen Betrieb umfangreiche Rekultivierungsmaßnahmen an den Braunkohle-Tagebauen.

Die Abgeordneten der Christlich Demokratischen Union Nordrhein-Westfalens im Landtag, im Deutschen Bundestag und im Europäischen Parlament lehnen politische Sonderregelungen ab,...

...die zum EU-Emissionshandel ein europarechtlich fragwürdiges und klimapolitisch nutzloses Parallelsystem aufbauen und CO₂-Emissionen nur in das benachbarte Ausland verlagern, womit sich im Ergebnis nur die deutsche Klimabilanz verbessert, es aber nicht zu einer tatsächlichen Senkung des Ausstoßes von Treibhausgasen kommt;

...die den Grundsatz der Technologieoffenheit missachten und damit bestimmte Brennstoffe und Erzeugungstechnologien diskriminieren;

...die den Wettbewerb auf dem Energiemarkt zu Gunsten bestimmter Technologien weiter verzerren und die Investitionssicherheit im Energiebereich aushöhlen;

... die bereits getätigte Investitionen kommunaler und privater Unternehmen entwerten und die Planungssicherheit der Energieversorger einmal mehr erschüttern;

...die Kraftwerke nur hinsichtlich ihres Alters und nicht hinsichtlich ihres Wirkungsgrades einordnen und damit deren Geschäftsmodelle in Frage stellen;

...die durch ihre mittelbaren Auswirkungen keine ausreichend gesicherte Energieversorgung für Verbraucher und Unternehmen mehr erwarten lassen und uns abhängig vom europäischen Ausland machen;

...die durch ihre indirekten Folgen die preiswerte Fernwärmeversorgung von einer halben Million nordrhein-westfälischen Haushalten gefährden;

...die der schwarz-roten Koalitionsvereinbarung auf Bundesebene widersprechen, die Steuer- und Abgabenerhöhungen ausgeschlossen hatte;

...die eine kostentreibende Auswirkung auf das Strompreisniveau haben;

...die das von konventionellen Kraftwerken geprägte Nordrhein-Westfalen benachteiligen und von der EEG-Umlage profitierende Bundesländer bevorteilen;

...die durch ihre arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen zu Strukturabbrüchen, Steuerausfällen und sozialer Not in den betroffenen Regionen führen;

...die einen Wertschöpfungsverlust von mehreren Milliarden Euro und den Verlust ganzer Wirtschaftszweige wie der Grundstoffindustrie in Kauf nehmen;

...die die heimische Erzeugung zugunsten ausländischer Erzeugung verdrängen;

...die nicht zumindest unter Beteiligung und nach Beratung mit den Bundesländern durchgesetzt werden.

Um die anvisierten nationalen Klimaschutzziele erreichen zu können, fordern die Abgeordneten der Christlich Demokratischen Union Nordrhein-Westfalens im Landtag, im Deutschen Bundestag und im Europäischen Parlament...

...eine stärkere Förderung der hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplung als besonders klima- und ressourcenschonende Form der Strom- und Wärmegewinnung, deren Bestand und Ausbau auch in Zukunft gewährleistet sein muss;

...eine stärkere Fokussierung auf die Energiewende im Wärmebereich und eine Steigerung der Energieeffizienz durch

- eine Weiterentwicklung der Energiedienstleistungsmärkte und mehr Rechtssicherheit in diesem Bereich;
- bessere Anreize für die Entwicklung und weitere Marktintegration von effizienzerhöhenden Systemen wie Smart Home und Smart Grids;
- eine Einführung von Steuervergünstigungen bei der energetischen Gebäudesanierung, um neue Anreize für Einsparungen im Wärmesektor zu schaffen;
- eine verbesserte staatliche Förderung des Neueinbaus von sparsamen Heizungsanlagen und eine Effizienzsteigerung bei bestehenden Anlagen;

...mehr Investitionen in Forschungs- und Entwicklungsprojekte, die möglichen Rebound-Effekten bei der Steigerung der Energieeffizienz vorbeugen;

... eine breite öffentliche Debatte über die möglichen Optionen zur Erreichung des nationalen Klimaschutzziels (40 Prozent weniger CO₂ bis 2020) und die damit verbundenen volkswirtschaftlichen Effekte;

...eine breite öffentliche Debatte darüber, ob und wie der EU-Handel mit Treibhausgasemissionen über den Industriebereich hinaus ausgedehnt werden kann;

... eine zukünftig stärkere Synchronisierung von nationalen und europäischen Zielen und die Schaffung eines global verbindlichen Klimaabkommens.